



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Mittwoch, 17.10.2012, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Musische Bildung an Kindertagesstätten und
Grundschulen - Bericht Schuljahr 2011/2012**

Vorl.Nr. 429/12

Beratungsverlauf:

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) ordnet die musische Bildung in den Gesamtkontext der kulturellen Bildung in Ludwigsburg ein. Sie informiert mit Verweis auf die Vorl. Nr. 429/12 über die Zahl der am Programm teilnehmenden Kinder und Einrichtungen und gibt einen Rückblick auf bereits erzielte Erfolge. Abschließend gibt sie einen Ausblick auf die kommenden Jahre und macht besonders auf die Punkte aufmerksam, bei denen 2013/2014 Nachsteuerungsbedarf bestehe. Ziel sei es insbesondere, deutlich mehr Kinder durch das Programm MusikImpuls/SBS zu erreichen. Dazu müsse unter anderem die zuschussfähige Honorarhöhe anzuheben, um mehr Lehrkräfte gewinnen und damit das Programm noch stärker an Schulen und Kitas etablieren zu können. Im Gegenzug müsse dann der Elternbeitrag leicht angehoben werden

Frau **Ehring** (Rektorin Friedensschule) und Frau **Robinson** (Kita Wieselweg) berichten von positiven Erfahrungen mit dem Programm der Musischen Bildung.

OBM **Spec** verleiht seiner Freunde darüber Ausdruck, dass die positiven Rückmeldungen aus der Praxis bestätigten, dass man sich auf dem richtigen Weg befinde. Ziel müsse sein, dass alle Ludwigsburger Kinder in den Genuss dieser Förderung kämen.

Das Gremium bedankt sich einmütig bei allen Beteiligten dafür, dass die musikalische Bildung in Ludwigsburg gut angelaufen sei und auf positive Resonanz stoße.

Stadträtin **Kopf** freut sich insbesondere darüber, dass die Kooperationen auf dem Gebiet der musikalischen Bildung auch das Profil der Jugendmusikschule positiv verstärkt hätten. Den in der Vorl. Nr. 429/12 vorgeschlagenen Weg werde die CDU-Fraktion unterstützen, auch die Modifikation der Honorarhöhe und der Elternbeiträge finde ihre Zustimmung.

Stadtrat **Daferner** weiß es zu schätzen, dass bis zum Ende des Jahres 2014/15 die Programmkosten vollständig aus der Ruprecht Stiftung gedeckt würden. Zur Frage, ob und wie nach Auslaufen der Förderung der hohe Standard gehalten werden könne, erwarte er noch Aussagen der Verwaltung. Gleiches gelte für Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit dem Jugendbegleiterprogramm.

Stadtrat **Weiss** hält es für unbestritten, dass die Kinder vom Programm der Musischen Bildung profitierten. Dennoch wolle er seine Zustimmung unter den Vorbehalt der Haushaltsberatungen stellen. Um das Projekt nicht zu gefährden und den städtischen Haushalt nicht über Gebühr zu

belasten erwarte er Kreativität bei der Einwerbung von Drittmitteln.

Stadtrat Dr. **Vierling** erachtet die geplante Erhöhung der Elternbeiträge als problematisch. Es stelle sich ihm die Frage, ob nicht ein Teil der Kinder schon heute aus finanziellen Erwägungen nicht zum Programm angemeldet werde oder von den Gebühren befreit werden müsse. Dieser Teil werde sich dann gegebenenfalls vergrößern. Er regt an, alternativ zusätzliche Spenden einzuwerben oder den Zuschuss der Stadt zu erhöhen.

Hingegen bringt Stadtrat **Müller** eine Erhöhung des Elternbeitrag statt auf 9 € auf 10 € ins Gespräch. Er schlägt vor zu prüfen, welche Auswirkungen dies einerseits auf die Bereitschaft zur Teilnahme am Programm und andererseits auf den städtischen Zuschussbedarf habe. Auch eine Förderung des Programms durch die Fördervereine der jeweiligen Schulen sei für eine positive Fortführung des Programms wünschenswert.

Stadtrat **Hillenbrand** sieht eine Erhöhung der Elternbeiträge auf Grund der eventuell abschreckenden Wirkung für sozial schwächere Familien wiederum kritisch. Er und Stadträtin Burkhardt unterstützen das Programm zur Musikalischen Bildung. Bund und Land müssten jedoch ihrem Bildungsauftrag nachkommen und das Programm finanziell fördern.

Stadtrat Dr. **Bohn** lehnt die von Stadtrat Müller angeregte Erhöhung der Elternbeiträge um nochmals 1 € ab. Angesichts des großartigen Erfolgs des Programms und der geringen Höhe der bisher dafür eingesetzten Mittel erachte er eine solche Überlegung als kleinlich.

OBM **Spec** bekräftigt die hervorragende Kosten-Nutzen-Relation des Programms. Angesichts der erzielten Breitenwirkung sei der von der Stadt zu leistende finanzielle Anteil vergleichsweise gering. Abschließend bekräftigt er, dass kein Kind aus finanziellen Erwägungen von der Teilnahme am Programm ausgeschlossen werden solle. Wo Eltern sich dies nicht leisten könnten, müssten andere Mittel und Wege gefunden werden.

Frau **Richert** beantwortet Fragen des Gremiums. Sie geht dabei unter anderem auf die Honorarhöhe der Lehrkräfte ein, erläutert die Abgrenzung zum Jugendbegleiterprogramm und stellt klar, dass vor 2014 der städtische Haushalt nicht belastet werde. Bis zu diesem Zeitpunkt würden die Kosten über die Stiftung sowie die Elternbeiträge gedeckt. Abmeldungen vom Programm aus Kostengründen seien keine bekannt. Befreiungen von den Elternbeiträgen gäbe es fast keine, an sich seien diese gut akzeptiert und auch für sozial schwächere Familien noch tragbar.

Anschließend stellt OBM **Spec** die Vorl. Nr. 429/12 zur Abstimmung.

TOP 2

**Neufassung der Förderungs-Richtlinien für Vereine
mit kultureller Zielsetzung
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 428/12

Beschluss:

1. Die in der Anlage 1 zur Vorl. Nr. 428/12 beigefügten „Förderungs-Richtlinien für Vereine mit kultureller Zielsetzung in Ludwigsburg“ treten zum 01.01.2013 in Kraft und lösen die bisherigen Förderrichtlinien (siehe Anlage 3 zur Vorl. Nr. 428/12) samt ergänzendem Einzelbeschluss (Vorl.Nr. 443/98), ab.

2. Der bisherige Zuschussetat im Haushalt für die Förderung von Vereinen mit kultureller

Zielsetzung (rd. 125 T€) wird ab 2014 um 15.300 € aufgestockt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) erläutert die Notwendigkeit einer Aktualisierung der Förderrichtlinien. Zehn Jahre nach der letzten Überarbeitung der Richtlinien solle sowohl den zwischenzeitlich gefassten Einzelbeschlüssen als auch der besonders wünschenswerten und förderungswürdigen Entwicklung hin zu einem Schwerpunkt auf der Jugendarbeit Rechnung getragen werden. Neben den Anpassungen, die auf eine stärkere Förderung der Jugendarbeit abzielen, geht sie insbesondere auf die Veränderungen bei den Jubiläumsgaben ein und weist darauf hin, dass sowohl Fördervereine wie auch reine Mitgliederversammlungen von einer Förderung durch die Stadt ausgeschlossen seien.

Das Gremium dankt einmütig für die Vorschläge zur Änderung der Förderrichtlinien. Der gute Ruf der Stadt Ludwigsburg als Kulturstadt beruhe auch zu einem guten Teil auf der hervorragenden Arbeit der Vereine und der dort engagierten Laien. Dies wolle man durch eine zeitgemäße Förderung würdigen.

Die Zustimmung von Stadträtin **Kreiser** findet insbesondere die verstärkte Förderung der Kinder- und Jugendarbeit.

Stadtrat **Weiss** lobt die Instrumenten- und Projektförderung und erkundigt sich danach, ob die Richtlinien mit allen Vereinen oder mit dem Stadtverband abgestimmt seien.

Stadtrat Dr. **Vierling** unterstützt neben der Konzentration auf Kinder- und Jugendarbeit explizit auch die leichte Erhöhung des Zuschussetats.

Dem Beschlussvorschlag zustimmen will auch Stadtrat **Müller**. Für die Zukunft rege er an, größere Kulturbudgets zu beschließen, über die dann die Verwaltung frei verfügen könne, anstatt im Gremium „um jede 10 000 € zu feilschen“.

Stadträtin **Schittenhelm** lehnt diesen Vorschlag nachdrücklich ab. Mit Bezug zur Vorl. Nr. 428/12 betont sie, dass die Fortführung des Mietkostenzuschusses für öffentliche Veranstaltungen essentiell sei.

Auch Stadtrat **Hillenbrand** stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat Dr. **Bohn** macht darauf aufmerksam, dass in der Satzung selbst für die Förderung eines zweiten Projekts eine nachweisliche Jugendbeteiligung von mindestens 2/3 der Projektteilnehmer gefordert werde. In der Synopse hingegen werde von überwiegender (ca. 75%) Jugendbeteiligung

gesprächen. Hier sei eine Harmonisierung notwendig.

Frau **Richert** beantwortet Fragen des Gremiums nach den Proben von Chören im Forum und berichtet, dass die Richtlinien mit dem Vorstand des Stadtverbandes abgestimmt seien. Ein Gespräch mit den Vereinen werde im November stattfinden.

Anschließend lässt OBM **Spec** über die Vorl. Nr. 428/12 abstimmen.